

Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2002

Harald Schoen / Jürgen W. Falter

1. Einleitung

**Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript.
Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.**

Im Jahr 2002 sank die Wahlbeteiligung wieder unter den 1998 erreichten Spitzenwert bei gesamtdeutschen Wahlen auf 79,1%, ja in Ostdeutschland sackte sie geradezu um 7,1 Prozentpunkte auf einen neuen Tiefstand von 72,9% ab. Für die politischen Parteien sind Schwankungen in der Wahlbeteiligung vor allem insoweit interessant, wie sie die parteipolitischen Kräfteverhältnisse und nicht zuletzt die Zuteilung der Regierungsmacht beeinflussen. Vorteile für die eine oder andere Partei aus solchen Schwankungen wären ausgeschlossen, wenn alle Wahlberechtigten entweder an jeder Wahl teilnahmen oder jeder fernblieben. Das wäre dann zu erwarten, wenn ausschließlich langfristig stabile Merkmale eines Stimmberechtigten, etwa seine formale Bildung, für die Wahlbeteiligung den Ausschlag gäben. Entschieden sich dagegen alle Bürger bei jeder Wahl von neuem anhand der politischen Situation, etwa des Kandidaten- oder Programmangebots, ihre Stimme abzugeben, könnte die Beteiligungsrate je nach dem politischen Angebot von Wahl zu Wahl enorm schwanken; und einzelne Parteien könnten aus den Wechseln zwischen Wahlbeteiligung und –abstinenz großen Profit für sich schlagen, wenn es ihnen besser als der Konkurrenz gelänge, Wähler bei der Stange zu halten und frühere Nichtwähler für sich zu mobilisieren. Wie stark die Wahlbeteiligung schwanken und die Stärkeverhältnisse zwischen den Parteien beeinflussen kann, hängt somit von den Gründen für die Partizipationsentscheidung ab.

Daher untersuchen wir in der vorliegenden Analyse der Beteiligung an der Bundestagswahl 2002 zunächst die Ursachen für Wahlenthaltung. Anschließend fragen wir, wie viele Bürger aus welchen Gründen von 1998 bis 2002 zwischen Wahlbeteiligung und –enthaltung gewechselt sind und inwieweit diese Wanderungen die Stärkeverhältnisse zwischen den Parteien und den potentiellen Regierungen beeinflußt haben.

2. Gründe für die Wahlteilnahme

Die Forschung hat zahlreiche Argumente entwickelt, um Wahlabstinenz zu erklären. Sieht man von institutionellen Faktoren wie etwa der Registrierung der Wahlberechtigten oder dem Wahlsystem ab, führen Erklärungsversuche zum einen die Ausstattung der Wahlberechtigten mit Ressourcen an, die politische Partizipation begünstigen, zum anderen die Motivation der

Bürger, an der anstehenden Wahl teilzunehmen. Die Ressourcenausstattung, etwa die formale Bildung, ist bei einer Person über die Zeit weitgehend konstant. Die Motivation, an einem anstehenden Urnengang teilzunehmen, setzt sich zusammen aus stabilen und variablen Elementen. Politisches Interesse oder die Auffassung, das demokratische Wahlrecht impliziere für die Bürger eine Wahlpflicht, sind über die Zeit vergleichsweise stabile Einstellungen und begünstigen die Teilnahme an Wahlen unabhängig davon, welche Parteien mit welchen Programmen um die Gunst der Wahlberechtigten werben. Neben diesen nicht auf eine Wahl bezogenen Motiven kann von einer konkreten Wahl ein Anreiz ausgehen, an ihr teilzunehmen; beispielsweise kann ein attraktives Kandidatenangebot Bürger zur Wahlbeteiligung veranlassen, während unausgelegene Programme beteiligungshemmend wirken. Für die vorliegende Fragestellung entscheidend ist nun, welches Gewicht den kurzfristig variablen und auf eine Wahl bezogenen Faktoren im Vergleich zu den längerfristig stabilen zukommt: Spielen sie eine bedeutsame eigenständige Rolle, sind Schwankungen der Wahlbeteiligung und Wirkungen auf die Stimmenverteilung zwischen den Parteien zu erwarten, während derartige Effekte praktisch nicht auftreten können, falls ausschließlich mittel- und langfristige stabile Faktoren über die Wahlbeteiligung entscheiden.

Diese Fragen untersuchen wir empirisch anhand von Daten aus der Vorwahlbefragung zur Bundestagswahl 2002 im Rahmen des DFG-Projekts „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“. Die Wahlbeteiligung wird darin mit der Frage „Bei dieser kommenden Bundestagswahl: Werden Sie da bestimmt zur Wahl gehen, wahrscheinlich zur Wahl gehen, vielleicht zur Wahl gehen, wahrscheinlich nicht oder bestimmt nicht zur Wahl gehen?“ gemessen; den fünf Antwortmöglichkeiten wurden die Wahrscheinlichkeiten 1, 0,75, 0,5, 0,25 bzw. 0 zugeordnet. Die resultierende mittlere Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung liegt in Westdeutschland bei 93% und in Ostdeutschland bei 86,5%. Verglichen mit den tatsächlichen Partizipationsraten, wird - wie in den meisten Umfragen - somit die Wahlbeteiligung deutlich überschätzt, was nicht zuletzt daran liegt, daß Nichtwähler relativ schwer für Interviews zu gewinnen sind und sich in einem Interview nur ungern zur Wahlabstinenz bekennen.¹ Diese Übertreibungstendenz beeinträchtigt Aussagen über die Höhe der Wahlbeteiligung erheblich, dürfte jedoch die hier interessierenden Zusammenhänge der Wahlenthaltung mit anderen Größen relativ wenig verzerren.

Die bivariate Betrachtung bestätigt weitgehend die aus der Literatur bekannten Zusammenhänge. Mit wachsender Ressourcenausstattung nimmt die Wahlbeteiligung zu: Eine hohe formale Bildung, die das Verständnis politischer Zusammenhänge fördert, wirkt der Wahlenthaltung entgegen. Wie sich dem stärkeren Effekt der subjektiven politischen Kompetenz ent-

nehmen läßt, regt das Gefühl, politisch kompetent zu sein, erst recht zur Wahlbeteiligung an (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Korrelate der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2002 (gesamtddeutsch gewichtet)²

	niedrig	mittel	hoch	b
Kirchenbindung	89	95	97	.09***
Formale Bildung	90	91	95	.05***
Kompetenzgefühl	83	92	96	.13***
Demokratiezufriedenheit	86	90	96	.11***
Responsivitätsgefühl	88	93	98	.09***
Politisches Interesse	80	94	98	.17***
Wahlnorm	60	82	96	.34***
	keine	schwach	stark	
Parteibindung	82	93	98	.17***
	nein		ja	
Kandidatenpräferenz	79		95	.16***
Sachfragenpräferenz	84		95	.11***

Die b-Werte wurden errechnet, indem die Enthaltungswahrscheinlichkeit auf die jeweilige Variable regrediert wurde; diese wurde so codiert, daß der niedrigsten Ausprägung der Wert 0, der höchsten der Wert 1 und einer Zwischenkategorie der Wert 0,5 zugewiesen wurde.

Lesehilfe: Ein b-Wert von 0,34 für die Wahlnorm bedeutet, daß eine um 1% stärkere Wahlnorm die Teilnahmewahrscheinlichkeit um 0,34% steigert. *: signifikant auf dem 95%-Niveau; **: signifikant auf dem 99%-Niveau; ***: signifikant auf dem 99,9%-Niveau.

Die Motivation, an einer Wahl teilzunehmen, erhält eine Person aus mikrosoziologischer Sicht vor allem von außen: Ein Bürger ist in soziale Netzwerke eingebunden, die ihn dazu bewegen, sich an einer Wahl zu beteiligen. Die Wirkung sozialer Integration läßt sich exemplarisch an der mit der Kirchenbindung anwachsenden Wahlbeteiligung ablesen. Direkter kommt die Beteiligungsmotivation in politischen Einstellungen zum Ausdruck. Generell schwach ist sie ausgeprägt, wenn ein Bürger die politische Sphäre generell distanziert betrachtet oder sich von ihr sogar weitgehend entfremdet hat.³ Daher erscheint es folgerichtig, daß mit wachsendem politischem Interesse die Wahlabstinenz nachläßt und daß Bürger, die mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland im allgemeinen zufrieden sind, häufiger an der Wahl teilnehmen als solche, die der bundesdeutschen Demokratie skeptisch gegenüberstehen. In die gleiche Richtung deutet der Befund, daß die Wahlabstinenz zunimmt, je weniger eine Person den Eindruck gewinnt, die politische Elite handle responsiv, kümmere sich also um die Anliegen der Bürger. Da die Distanz zur Politik und den politischen Akteuren zwar durchaus auch kurzfristig auf politisches Geschehen reagieren kann, vor allem aber von langfristig stabilen Merkmalen bestimmt wird,⁴ spricht ihr Einfluß auf die Wahlbeteiligung dafür, daß sich Bürger weitgehend unabhängig vom konkreten politischen Angebot bei einer Wahl für Teilnahme oder Abstinenz entscheiden.

Noch stärker hängt die Wahlbeteiligung mit Einstellungen zusammen, die sich direkt auf die Wahlteilnahme oder die bei der anstehenden Wahl kandidierenden politischen Akteure beziehen. So nimmt mit dem Gefühl, es sei eine Bürgerpflicht, an Wahlen teilzunehmen, die Partizipation 2002 deutlich zu. Ebenso steigert eine Parteiidentifikation die Wahlbeteiligung, da sie in einer Person meist den Wunsch weckt, die von ihr favorisierte Partei möge die Wahl gewinnen, und sie daher motiviert, mit ihrer Stimme ihren Teil dazu beizutragen. Schließlich können die Bürger vom konkreten Angebot an Kandidaten und Programmen zur Wahlteilnahme veranlaßt werden: Personen, die einen der beiden aussichtsreichen Kanzlerkandidaten präferieren oder einer Partei eine hohe Sachkompetenz zuschreiben, nehmen deutlich häufiger an der Wahl teil als Bürger, die sich im Angebot nicht wiederfinden. Der unmittelbare Bezug zur Wahlbeteiligung darf jedoch einen wesentlichen Unterschied zwischen den angeführten Einstellungen nicht verdecken: Die Parteiidentifikation⁵ und die Wahlnorm⁶ sind vergleichsweise stabile Einstellungen, während Kandidaten- und Sachfragenpräferenzen kurzfristig variieren und daher auf das politische Geschehen reagieren können. Ihr Einfluß auf die Wahlbeteiligung spricht daher dafür, daß Bürger ihre Partizipationsentscheidung vor jeder Wahl von neuem treffen und sie vom aktuellen Angebot abhängig machen, während Effekte der Wahlnorm und der Parteibindung darauf hindeuten, daß eine Person entweder an jeder Wahl teilnimmt oder jeder fernbleibt.

Tabelle 2: Bestimmungsgrößen der Wahlbeteiligung 2002 (multiple Regression)

	Alle Befragten		Schwache Wahlnorm		Starke Wahlnorm	
	b	beta	b	beta	b	beta
Konstante	.54***		.35***		.85***	
Kirchenbindung	.02	.05	.09	.08	.02*	.07
Responsivitätsgefühl	.00	.00	.10	.12	-.02	-.06
Subjektive Kompetenz	-.00	-.00	-.07	-.07	.02	.05
Demokratiezufriedenheit	.02	.04	.08	.09	.03**	.10
Formale Bildung	.01	.03	.08	.10	.00	.01
Politisches Interesse	.08***	.17	.16*	.19	.06***	.20
Stärke der Parteibindung	.05***	.12	.19**	.22	.03***	.12
Kanzler-/Sachfragenpräferenz	.11***	.18	.29***	.33	.03*	.07
Wahlnorm	.23***	.34	-	-	-	-
Korrigiertes R ²	.30		.34		.10	
N	1175		177		998	

Codierung der unabhängigen Variablen: siehe Tabelle 1; Kandidaten-/Sachfragenpräferenz: 0: weder Kandidaten- noch Sachfragenpräferenz; 0,5: Kandidaten- oder Sachfragenpräferenz; 1: Kandidaten- und Sachfragenpräferenz. Schwache Wahlnorm: schwach und mittel (aus Tabelle 1); starke Wahlnorm: stark.

Je für sich betrachtet beeinflussen also kurzfristig variable und längerfristig stabile Merkmale die Wahlbeteiligung. Indes kann nicht ausgeschlossen werden, daß ein vermeintlicher Effekt kurzfristig variabler Merkmale allein darauf beruht, daß langfristig stabile Faktoren sowohl diese als auch die Wahlbeteiligung beeinflussen; beispielsweise könnte eine Parteiloyalität dazu führen, daß eine Person das Kandidaten- und Programmangebot attraktiv findet und sich an der Wahl beteiligt. Um sicherzugehen, daß von den kurzfristig variablen Faktoren tatsächlich ein eigenständiger Effekt ausgeht, ist daher zu prüfen, ob die betrachteten Größen auch unter wechselseitiger Kontrolle eine Wirkung entfalten.

Die in Tabelle 2 zusammengestellte empirische Evidenz bestätigt den Verdacht, daß einige der bivariat gemessenen Effekte unter Kontrolle anderer Faktoren verschwinden. Die Ressourcenausstattung und die soziale Integration spielen in der multivariaten Analyse keine eigenständige Rolle mehr, ebensowenig die generelle Zufriedenheit mit der Demokratie und der Responsivität der politischen Akteure. Nur noch vier Faktoren entfalten eine eigenständige Wirkung: hohes politisches Interesse, eine starke Parteibindung, eine verinnerlichte Wahlnorm und eine Präferenz für eines der Personal- oder Programmangebote steigern die Beteiligungswahrscheinlichkeit deutlich. Der zuletzt genannte Effekt spricht dafür, daß die Parteien mit attraktiven Angeboten durchaus Bürger, die sonst dem Urnengang ferngeblieben wären, für sich gewinnen und daher die Wahlbeteiligung steigern können. Doch darf man ihre Möglichkeiten nicht überschätzen, da – im Vergleich der beta-Werte – die kurzfristig variablen Faktoren etwas im Schatten der mittel- und langfristig stabilen Merkmale, namentlich der Wahlnorm, stehen.

Diese Diagnose untermauern die vier rechten Spalten in Tabelle 2, die die Ergebnisse der multiplen Regression getrennt für Personen mit einer schwachen und einer starken Wahlnorm ausweisen. Danach steigern unter Bürgern, die mit dem Wahlrecht nur eine schwache Pflicht zur Stimmabgabe verbunden sehen, das politische Interesse und die Stärke der Parteibindung die Wahlbereitschaft deutlich, vor allem aber stimuliert eine auf das aktuelle politische Angebot bezogene Präferenz die Partizipation. Anders bei den Bürgern mit einer stark ausgeprägten Wahlnorm: In dieser Gruppe besitzen die genannten Faktoren eine beträchtlich geringere Erklärungskraft, vor allem büßen die aktuellen Präferenzen erheblich an Bedeutung ein. Die Wahlnorm läßt also nicht nur die konkurrierenden Erklärungsfaktoren deutlich hinter sich, sondern entscheidet zusätzlich darüber, wie stark die übrigen Faktoren die Wahlbeteiligung beeinflussen: Hat eine Person die Wahlnorm verinnerlicht, kann eine auf das aktuelle politische Geschehen bezogene Präferenz die Beteiligungswahrscheinlichkeit nur noch geringfügig steigern, während sie in Abwesenheit eines starken Wahlpflichtgefühls eine Teilnahme an der

Bundestagswahl 2002 um ein Drittel wahrscheinlicher macht. Die Wahlnorm wirkt somit als Moderator- oder Filtervariable.⁷

Zugespißt formuliert bedeutet dies, daß das bundesdeutsche Elektorat aus zwei Segmenten besteht. Auf der einen Seite nehmen Personen, deren langfristige Prädispositionen – hier am Beispiel der Wahlnorm dargestellt – für Wahlbeteiligung sprechen, mit hoher Wahrscheinlichkeit an Wahlen teil, ohne sich in ihrer Beteiligungsbereitschaft von aktuellen politischen Geschehnissen wesentlich beeinflussen zu lassen. Die andere Gruppe ist angesichts ihrer langfristig stabilen Prägungen für die Wahlenthaltung prädestiniert, doch können diese Bürger mit attraktiven Angeboten bei jeder einzelnen Wahl für die Stimmabgabe gewonnen werden. Vor allem in dieser Gruppe sind daher die sogenannten konjunkturellen Nichtwähler zu suchen, die von Wahl zu Wahl zwischen Beteiligung und Abstinenz wechseln können.

Das erste Segment ist in der Bundesrepublik deutlich größer als das zweite, da viele Bürger langfristige Einstellungen – etwa eine Wahlnorm oder eine Parteibindung – aufweisen, die die Stimmabgabe begünstigen. Daher ist bei jeder Bundestagswahl unabhängig von der konkreten politischen Situation eine hohe Wahlbeteiligung zu erwarten, und das Potential für Schwankungen der Partizipationsrate von Wahl zu Wahl ist relativ begrenzt. Sollte das Reservoir an langfristig nicht für die Wahlteilnahme prädestinierten Bürgern jedoch wachsen, nähme auch das Potential für dramatische Schwankungen der Partizipationsrate zu. Einen kleinen Vorgeschmack darauf bietet ein innerdeutscher Vergleich: In den neuen Bundesländern ist die Wahlnorm – wie auch Parteibindungen – schwächer ausgeprägt als in den alten,⁸ weshalb sich die Wahlbeteiligung dort auf einem niedrigeren Niveau bewegt und zwischen direkt aufeinanderfolgenden Wahlen deutlicher schwankt, was den Parteien größere Chancen eröffnet, mit Mobilisierungsversuchen ihre Wahlaussichten zu verbessern.

Selbst wenn es sich nur um eine kleine Gruppe handelt, können die Wechsler zwischen Stimmabgabe und –enthaltung von einer zur nächsten Wahl jedoch die parteipolitischen Kräfteverhältnisse merklich beeinflussen. Ihr Verhalten kann in erster Linie als Reaktion auf das aktuelle politische Geschehen verstanden werden: Ehemalige Nichtwähler dürften vor allem deshalb zur Wahl gehen, weil ihnen eines der Angebote attraktiv erscheint, während sich frühere Wähler nicht zuletzt deshalb der Stimme enthalten, weil der bevorstehende Urnengang keine besondere Motivation zur Teilnahme bietet. Folglich könnte eine Partei einen gravierenden Wettbewerbsvorteil im Kampf um die Parlamentssitze erringen, wenn es ihr besser als der Konkurrenz gelänge, mit attraktivem Personal oder probaten Lösungsvorschlägen ehemalige Nichtwähler für sich zu gewinnen und ihre früheren Wähler von der Wahlabstinenz abzuhalten. Daher erscheint es lohnenswert, nun zu untersuchen, inwieweit und aus welchen

Gründen von der Wahl 1998 zur Wahl 2002 Wanderungen zwischen Wahlenthaltung und –beteiligung stattfanden und ob einzelne Parteien davon übermäßig profitierten oder ob sogar die Entscheidung über die Regierungsmacht davon wesentlich beeinflußt wurde.

3. Wanderungen zwischen Wahlbeteiligung und Nichtwahl 1998-2002

Die Bewegungen zwischen Wahlbeteiligung und –enthaltung hängen erkennbar mit den Einstellungen der Bürger zum politischen Angebot zusammen. SPD-Grünen-Wähler des Jahres 1998 bleiben der Wahl 2002 signifikant häufiger fern, wenn sie die Regierungsleistung kritisch beurteilen; gerade die umgekehrte Tendenz findet sich unter den CDU/CSU-FDP-Wählern des Jahres 1998, auf die Zufriedenheit mit der Regierung leicht demobilisierend gewirkt zu haben scheint (siehe Tabelle 3).⁹ Wie die Befunde zur Lösungskompetenz und der Kandidatenbewertung zeigen, scheint aber Unzufriedenheit mit der Regierung die einstigen Regierungswähler nicht in jedem Fall zur Wahlabstinenz veranlaßt zu haben, sondern vor allem dann, wenn sie kein geeignetes Alternativangebot sehen. Denn nicht die Kanzlerpräferenz für Stoiber wirkt auf frühere SPD/Grünen-Wähler signifikant demobilisierend, sondern das Urteil, keiner der beiden Kanzlerkandidaten sei geeignet.

Tabelle 3: Wahlenthaltung 2002 in Abhängigkeit von Einstellungen und dem Wahlverhalten 1998 (in Prozent; Fallzahlen in Klammern)

		<i>Zufriedenheit mit der Regierung</i>		
Wahl 1998		Unzufrieden	Teils/teils	Zufrieden
SPD/Grüne		10 (93)	7 (223)	2 (326)
Union/FDP		3 (252)	3 (134)	5 (54)
<i>Sachkompetenz</i>				
Wahl 1998	Union/FDP		Keine/andere	SPD/Grüne
SPD/Grüne		4 (100)	9 (136)	4 (380)
Union/FDP		2 (355)	6 (55)	5 (29)
<i>Kanzlerpräferenz</i>				
Wahl 1998	Stoiber		Keiner/andere	Schröder
SPD/Grüne		4 (63)	14 (63)	4 (529)
Union/FDP		3 (306)	8 (78)	4 (59)

Lesehilfe: Der Wert 10 in der ersten Zelle in der ersten Zeile bedeutet, daß von den SPD/Grünen-Wählern des Jahres 1998, die mit der Leistung der Bundesregierung unzufrieden sind, 9,5% sich 2002 der Stimme enthalten.

Die Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler wird ebenfalls von deren Einstellungen zu den Leistungen und Angeboten der Parteien beeinflusst. Wie Tabelle 4 zeigt, steigt mit der Regierungszufriedenheit die Wahrscheinlichkeit, daß frühere Nichtwähler im Jahr 2002 für die Regierungsparteien stimmen; umgekehrt wächst aber mit der Unzufriedenheit nicht die Unterstützung für die Oppositionsparteien, sondern die neuerliche Wahlabstinenz. Zugleich können die Parteien unter den Nichtwählern, die sie von ihren Angeboten überzeugen können, einen vergleichsweise großen Stimmenanteil verbuchen, während Nichtwähler, die keine Partei für kompetent und keinen Kanzlerkandidaten für geeignet halten, in ihrer übergroßen Mehrzahl nicht an der Wahl teilnehmen. Kurz, frühere Nichtwähler geben ihre Stimme offenbar ab, wenn sie eines der Angebote für attraktiv halten, und ehemalige Wähler bleiben der Urne in erster Linie dann fern, wenn sie nicht nur von der vormals gewählten Partei enttäuscht sind, sondern sich im Angebot keiner Partei wiederfinden.

Tabelle 4: Politische Einstellungen und die Wahlentscheidung der Nichtwähler 1998 bei der Wahl 2002 (Zeilenprozent)

	SPD/Grüne	Union/FDP	andere	Nichtwahl	N
<i>Kanzlerpräferenz</i>					
Schröder	38	17	10	36	17
keiner von beiden	7	19	5	69	42
Stoiber	12	53	0	35	42
<i>Sachkompetenz</i>					
SPD/Grüne	55	5	0	40	20
keine/andere	11	20	11	58	45
Union/FDP	5	59	5	32	22
<i>Zufriedenheit mit der Regierung</i>					
unzufrieden	14	22	6	58	36
teils/teils	22	31	8	39	36
zufrieden	39	28	6	28	18

Tabelle 5: Wahlenthaltung 2002 der Wähler 1998 (Teil A) und Wahlverhalten 2002 der Nichtwähler 1998 (Teil B) (in Prozent; Fallzahlen in Klammern)

A	SPD	Union	Grüne	FDP	PDS	Andere	Nichtwahl
West	5 (420)	3 (300)	2 (58)	5 (31)	7 (11)	7 (14)	37 (70)
Ost	8 (154)	8 (91)	7 (7)	2 (12)	10 (59)	13 (8)	46 (44)

B	SPD	Union	Grüne	FDP	PDS	Andere	Nichtwahl
West (N=62)	19	21	3	8	0	2	47
Ost (N=39)	15	13	3	3	8	5	54

Folglich können Parteien theoretisch einen Wettbewerbsvorteil erringen, indem sie außerordentlich viele frühere Nichtwähler überzeugen oder stärker als ihre Mitbewerber ihre früheren Wähler von der Wahlabstinenz abhalten. Indessen konnte zwischen 1998 und 2002 offensichtlich keine Partei oder mögliche Koalition dieses Potential zu ihren Gunsten ausschöpfen. Denn sieht man einmal von dem zentralen Ergebnis ab, daß sich die Wahlenthaltung durch ein vergleichsweise hohes Maß an Stabilität auszeichnet, zeigen die in Tabelle 5 zusammengestellten Befunde, die angesichts der niedrigen Fallzahlen eine vorsichtige Interpretation verlangen, folgendes: Zum einen blieben die ehemaligen Wähler des rot-grünen Bündnisses und einer möglichen Koalition aus CDU/CSU und FDP der Wahl 2002 in ähnlichem Umfang fern; zum anderen konnten beide Seiten ähnlich große Teile der Nichtwähler des Jahres 1998 für sich gewinnen. Offensichtlich legte keine Partei oder potentielle Regierung in den Augen der Wahlberechtigten ein derart überlegenes Angebot vor, daß sie die Mehrheit ehemaliger Nichtwähler für sich hätte gewinnen und besser als die Gegenseite ihre früheren Wähler von der Wahlabstinenz hätte abhalten können. Deshalb blieben die Wechsel zwischen Wahlteilnahme und –enthaltung 2002 ohne gravierende Wirkung auf die parteipolitischen Kräfteverhältnisse.

4. Schluß

Schwankungen der Wahlbeteiligung können zu Verschiebungen in den parteipolitischen Kräfteverhältnissen von Wahl zu Wahl beitragen und daher Regierungen ins Amt helfen, aber auch zu ihrem Sturz beitragen. Wie die Analyse gezeigt hat, sind die Möglichkeiten für gravierende Vor- oder Nachteile für die eine oder andere Partei bei Bundestagswahlen im allgemeinen gleichwohl begrenzt. Denn die individuelle Wahlbeteiligung wird in Deutschland vorwiegend von langfristig stabilen Merkmalen und dabei in erster Linie von der Wahlnorm beeinflußt. Lediglich Bürger ohne verinnerlichtes Wahlpflichtgefühl lassen sich in ihrer Beteiligungsentscheidung maßgeblich von ihren Einstellungen zum politischen Angebot beeinflussen und können daher als Reaktion auf die politische Situation zwischen Wahlbeteiligung und –enthaltung wechseln. Da dieses Bevölkerungssegment in Deutschland jedoch relativ klein ist, schwankt die Wahlbeteiligung von Wahl zu Wahl nur relativ geringfügig.

Aber selbst eine kleine Gruppe von Wechslern zwischen Wahlabstinenz und –beteiligung könnte eine Wahl zugunsten der einen oder anderen Partei oder Koalition entscheiden, und zwar dann, wenn es einer Partei oder Koalition gelänge, im Vergleich zu ihren Konkurrenten viele frühere Nichtwähler für sich zu gewinnen und gleichzeitig wenige Wähler an die Wahl-

abstinenz zu verlieren. Bei der Bundestagswahl 2002 glückte dies indessen keiner Partei und auch keinem Parteienbündnis, so daß zumindest anhand der im Moment vorliegenden Daten den Wanderungen zwischen Nichtwahl und Wahlbeteiligung kein entscheidender Einfluß auf die Stimmenverteilung und die Zuweisung der Regierungsmacht zugeschrieben werden kann. Daraus darf gleichwohl nicht gefolgert werden, daß dieses Potential auch künftig nicht ausgeschöpft wird.

¹ Siehe etwa Traugott, Michael W./Katosh, John P.: Response Validity in Surveys of Voting Behavior, in: Public Opinion Quarterly, 43. Jg., 1979, S. 359-377; siehe aber auch Adamany, David/Shelley, Mack C. II: Encore! The Forgeful Voter, in: Public Opinion Quarterly, 44. Jg., 1980, S. 234-240.

² Der Index ‚Kompetenzgefühl‘ setzt sich zusammen aus den Items: „Die ganze Politik ist so kompliziert, daß jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.“ (umgepolt), „Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befaßt, eine aktive Rolle zu übernehmen.“, „Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.“; der Index ‚Responsivitätsgefühl‘ besteht aus den beiden Items: „Leute wie ich haben keinen Einfluß auf die Regierung“, „Die Bürger haben kaum Möglichkeiten, auf die Politik Einfluß zu nehmen“.

³ Siehe etwa Falter, Jürgen W./Schumann, Siegfried, 1993: Nichtwahl und Protestwahl: Zwei Seiten einer Medaille, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B11/93, S. 36-49, Kleinhenz, Thomas: Die Nichtwähler, Opladen 1995, S.167-174.

⁴ Vgl. Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans: Die deutschen Parteien im Urteil der öffentlichen Meinung 1977 bis 1999, in: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Wiesbaden 2002, S. 484-503.

⁵ Siehe für Deutschland Falter, Jürgen W./Schoen, Harald/Caballero, Claudio: Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts ‚Parteiidentifikation‘ in der Bundesrepublik, in: Klein, Markus/Jagodzinski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard/Ohr, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland, Wiesbaden 2000, S. 235-271.

⁶ Siehe für Deutschland Rattinger, Hans/Krämer, Jürgen: Wahlnorm und Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Kausalanalyse, in: Politische Vierteljahresschrift, 36. Jg., 1995, S. 267-285.

⁷ Dieser Effekt bleibt erhalten, wenn man die hier der Übersichtlichkeit halber weggelassenen Standardfehler berücksichtigt oder die Moderatorthese mit Hilfe eines Interaktionsterms überprüft.

⁸ Vgl. Rattinger/Krämer, a.a.O., S. 270.

⁹ Da zum Zeitpunkt der Abfassung des Textes noch keine verlässliche Datenbasis aus einer Wiederholungsbefragung bei den Wahlen 1998 und 2002 vorliegt, wird in den Analysen das Wahlverhalten 1998 mit der sogenannten Rückerinnerungsfrage gemessen, die zu einer künstlichen Harmonisierung der Angaben zu zurückliegendem Wahlverhalten mit den aktuellen Parteipräferenzen führt (vgl. Schoen, Harald: Den Wechselwählern auf der Spur: Recall- und Paneldaten im Vergleich, in: Jan van Deth/Hans Rattinger/Edeltraud Roller (Hrsg.), Die Republik auf dem Weg zur Normalität?, Opladen 2000, S. 199-226). Aussagen über den Umfang der Veränderungen im Wahlverhalten werden davon stark, Aussagen über Zusammenhänge mit anderen Merkmalen relativ wenig verzerrt.